Landesplanerische Beurteilung für die Hochwasserfreilegung der Stadt Schrobenhausen mit Bau einer Entlastungsstraße

A. Ergebnis

I. Hochwasserfreilegung, Retentionsraumausgleich

1. Die Varianten 1, 1 b, 2 und 5 entsprechen nicht den Erfordernissen der Raumordnung.


2.1 Bei der Abgrabung sind Eingriffe in das Bodengefüge durch Minimierungsmaßnahmen, naturnahe Gestaltung und Pflegeziele auszugleichen. Das Gelände soll einer extensiven Nachfolgenutzung zugeführt werden. Die Paaraue soll durch eine höhere Wasserzuführung ökologisch aufgewertet werden.

2.2 Besonders wertvolle Landschaftsteile sollen bei der Abgrabung ausgespart werden.

2.3 Bei der Modellierung der Rückhalteflächen ist darauf zu achten, dass nach deren Überstauung keine „Fischfallen“ entstehen.

II. Entlastungsstraße

1. Eine Entlastungsstraße auf der Trasse der Variante 2 entspricht nicht den Erfordernissen der Raumordnung.

2. Der Bau einer Entlastungsstraße auf der Trasse der Variante 1 entspricht nur dann den Erfordernissen der Raumordnung, wenn folgende Maßgaben berücksichtigt werden:

2.1 Die Querung der Paaraue ist in teilweise aufgeständerter Form (Straßenbrücke) vorzusehen. Soweit Dammschütthungen erforderlich werden, sind zur Aufrechterhaltung des Biotopverbundes weitere Durchlässe einzuplanen. Dämme sollen so niedrig wie möglich gehalten werden.

2.2 Schadstoffeinträge in die tangierten Fließgewässer sind so weit wie möglich zu vermeiden.

2.3 Zur Aufrechterhaltung der Naherholungsfunktion der Paaraue sind Querungsmöglichkeiten für Fuß- und Radwegeverbindungen vorzusehen.

2.4 Die Anbindung der Entlastungsstraße an die B 300 muss höhenfrei erfolgen. Die Augsburger Straße soll ebenfalls an die Entlastungsstraße angeschlossen werden.
Für beide Vorhaben ist die Detailplanung einschließlich der Festlegung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Einvernehmen mit dem Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen, untere Naturschutzbehörde, zu erstellen.

B. Gegenstand und Verlauf des Verfahrens

I. Beschreibung des untersuchten Vorhabens


Um den Abfluss eines HQ 100 mit mindestens 50 cm Freibord zu erreichen, ist beiderseits der Paar die Neuerrichtung bzw. die Erhöhung vorhandener Deiche und Hochwasserschutzmauern geplant. Zusätzlich müssen vorhandene Brücken und Stege entsprechend angepasst werden.

Durch die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen im Stadtgebiet geht Retentionsfläche, d.h., Hochwasserrückhaltelefläche von ca. 180.000 m² verloren. Bei einer geschätzten mittleren Überflutungshöhe von 30 cm ergibt sich gemäß Projektbeschreibung des Wasserwirtschaftsamtes Ingolstadt daraus ein Retentionsraumverlust von ca. 55.000 m³, der volumen- und wirkungsgleich zu ersetzen ist.

Das Wasserwirtschaftsamt hält hierfür folgende Ausgleichsmaßnahmen für denkbar:

- Variante 1:
  Hochwasserrückhaltebereich auf der Trasse der Umgehungsstraße gemäß Variante 1
  a) Deich überstrombar
  b) Deich mit Natentlastung

- Variante 2:
  Hochwasserrückhaltebereich in Stadtmitte gemäß Variante 2 der Erstlastungsstraße

- Variante 3:
  Geländeabtrag im Stadtteil Mühlried

- Variante 4:
  Geländeabtrag oberstromig von Schrobenhausen

- Variante 5:
  Kleine Querdämme oberstromig von Schrobenhausen

Einzelheiten der Planung waren der Projektbeschreibung des Wasserwirtschaftsamtes Ingolstadt zu entnehmen.

Gemäß Projektbeschreibung des Büros Obermeyer kommen für die Linienführung der Entlastungsstraße zwei Varianten in Betracht:

**Variante 1:**
Die Straße schließt westlich des bestehenden Bahnübergangs der Hörzhausener Straße an die Bürgermeister-Götz-Straße an. Der Bahnübergang Hörzhausener Straße wird aufgelassen. Die Trasse schwenkt im Anschluss nach Osten ab und unterquert die Bahnstrecke Augsburg-Ingolstadt ca. 350 m südlich des bestehenden Bahnübergangs Hörzhausener Straße. Weiter verläuft sie südöstlich bis zur Brücke über den Paarkanal und durch die Paaraue in gerader Richtung zur B 300. Auf Höhe des Anschlusses unterquert die Entlastungsstraße die B 300 und die in diesem Bereich anzupassende Gemeindeverbindungsstraße nach Peutenhausen.

**Variante 2:**

Die Planung der Entlastungsstraße lässt sich nach den Ausführungen in der Projektbeschreibung mit den wasseraublichen Maßnahmen in günstiger Weise kombinieren, sofern diese mittels Hochwasserrückhaltedäichen gemäß den Varianten 1 und 2 realisiert werden.

Weitere Einzelheiten konnten die Beteiligten der Projektbeschreibung entnehmen.

II. Das angewandte Verfahren


Aufgabe des Raumordnungsverfahrens war die grundsätzliche Prüfung, ob und ggf. unter welchen Voraussetzungen die geplanten Vorhaben den Erfordernissen der Raumordnung entsprechen und wie sie mit Vorhaben öffentlicher und sonstiger Planungs träger unter Gesichtspunkten der Raumordnung abgestimmt werden können.


III. Die Beteiligten

Am Verfahren wurden beteiligt:

Landkreis und Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen *)
Gemeinde Aresing
Gemeinde Gachenbach
Planungsverband Region Ingolstadt
Bayer. Landesamt für Umweltschutz *)
Bayer. Landesamt für Denkmalpflege
Bund Naturschutz in Bayern e.V. *)
Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. *)
Die mit *) gekennzeichneten Stellen wurden zusätzlich zum Gutachten zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Grünzugs entlang der Paaraue gehört. Auch der Planungsverband Region Ingolstadt gab seine Stellungnahme in Kenntnis dieses Gutachtens ab.

IV. Einbeziehung der Öffentlichkeit


C. Begründung der landesplanerischen Beurteilung

I. Bewertung des Vorhabens anhand der einschlägigen Erfordernisse der Raumordnung

Maßstab bei der Beurteilung des Vorhabens sind neben den Raumordnungsgrundsätzen gemäß § 2 Raumordnungsgesetz (ROG) und Art. 2 Bayer. Landesplanungsgesetz (BayLPiG) die im Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) und im Regionalplan für die Region Ingolstadt (RP 10) enthaltenen Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Die raumordnerische Bewertung berücksichtigt die Auswirkungen des Vorhabens anhand der Stellungnahmen der Beteiligten sowie der sonstigen ermittelten Tatsachen.

1. Raumbezogene überfachliche Belange, Raumstruktur


Gemäß LEP A II 1.2 soll zur Schaffung und Erhaltung gleichwertiger gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen u.a. auf gesunde Umweltbedingungen, einen leistungsfähigen Naturhaushalt und die Erhaltung einer landschaftstypischen strukturellen Vielfalt, aber auch auf eine günstige Verkehrsanbindung und –erschließung hingewirkt werden.

Die Stadt Schröbenhausen ist gemäß LEP, A IV 1.2.1 i.V.m. Anhang 10 als Mittelzentrum eingestuft. Sie liegt gemäß LEP, A II 3.5 i.V.m. Anhang 7 in einem ländlicher Teilraum, dessen Entwicklung nachhaltig gestärkt werden soll. Das Mittelzentrum Schröbenhausen soll gemäß RP 10, A IV 1.5 in seinen mittelzentralen Versorgungsaufgaben für seinen Verleihungsbereich nachhaltig gestärkt werden. Insbesondere soll u.a. die Beseitigung städtetancerlicher und verkehrlicher Mängel angestrebt werden.

Bewertung:

Wiederkehrende Hochwasserereignisse mit hohem materiellen Schaden sowie ein ständig steigendes Verkehrsaufkommen auf einem nicht ausreichend leistungsfähigen Hauptstraßennetz stellen für die Stadt Schröbenhausen eine große Belastung dar. Die geplanten Maßnahmen zur Hochwasserfreilegung mit Retentionsraumausgleich und zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Bau einer Entlastungsstraße sind sicherlich grundsätzlich geeignet, zu einer generellen Verbesserung der Wohn- und Verkehrsverhältnisse beizutragen.


2. Raumbezogene fachliche Belange

2.1 Belange der Wasserwirtschaft

Bei Maßnahmen der Abflussregelung sollen gemäß LEP, B XII.4 die Auswirkungen auf den Wasserhaushalt des gesamten Flussgebietes beachtet werden. Der Überschwemmung der Talräume soll gemäß 4.1 im Bereich von Siedlungen entgegengewirkt werden. Landwirtschaftliche Nutzflächen sollen in der Regel nicht hochwasserfrei gelegt werden.

Bewertung:

Ein ausreichender Hochwasserschutz für die Stadt Schrobenhausen ausschließlich mittels Rückhaltung ist aufgrund der topografischen Voraussetzungen nicht erreichbar. Durch die deshalb im Stadtgebiet notwendigen baulichen Maßnahmen geht jedoch Retentionsraum verloren, der volumen- und wirkungsgleich ersetzt werden muss.

Alle fünf vom Wasserwirtschaftsamts Ingolstadt zur landesplanerischen Überprüfung vorgelegten Varianten sind grundsätzlich geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Die Variante 1 hatte dabei aus wasserwirtschaftlicher Sicht den Vorteil, dass über den durch die Hochwasserfreilegung benötigten Rückhalteraum von ca. 55.000 m³ ein weiteres Rückhaltevolumen von ca. 70.000 m³ als zusätzliche Sicherheit verbliebe. Der wasserwirtschaftlich sinnvollen Lösung stünde der Eingriff in den naturnahen und ökologisch wertvollen Auebereich gegenüber. Auch die Variante 2 würde sich trotz des wesentlich kürzeren Rückhalteleichts negativ auf den Lebensraum Auelandschaft auswirken. Als Nachteil der Variante 5 ist zu werten, dass die Paaare aufgrund der Rückhaltefunktion der Querdämme insbesondere bei kleinen Hochwasserereignissen erheblich höher überflutet würde als bisher.

Mit einem Geländeabtrag entsprechend den Varianten 3 und 4 ist es möglich, den Rückhalteraumausgleich von 55.000 m³ herzustellen, ohne unmittelbar in das Ökosystem der Paaare einzugreifen. Auch das Landschaftsbild bliebe ungestört erhalten. Die Variante 3 mit Geländeabtrag bei Mühlried ist dabei aus Sicht der Regierung nicht so günstig zu beurteilen, da diese Maßnahme nur nach unterstrom wirkt.


2.2 Belange des Siedlungswesens

Gemäß LEP, B II 1 soll auf das charakteristische Orts- und Landschaftsbild geachtet werden. Für das Klima von Siedlungsgebieten bedeutsame Flächen, wie Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen, sollen gemäß LEP B, I 3.9.2 in ihrer Funktionsfähigkeit erhalten und verbessert werden.

Gemäß RP 10, B XI 5.1 sollen Siedlungen, Wohn- und Industriegebiete im Paartal vor Hochwasser geschützt werden.

Bewertung:

Letztgenanntem Ziel kann grundsätzlich durch alle fünf vorgeschlagenen Varianten entsprochen werden. Bei den Dammlösungen gemäß Varianten 1 und 2 ist die hohe Bedeutung der Paaare für die Frischluftzufuhr in die Stadt zu beachten. Diese Funktion des flussbegleitenden Grünzuges (vgl. RP 10, B I 2.5) ist im Hinblick auf die Siedlungsbereiche zu erhalten. Das „Ammer-Gutachten“ kommt zu dem Ergebnis, dass bei Verwirkli-
chung der nur 1,70 m hohen, ca. 800 bis 1000 m vom Stadtrand abgerückten Dammvariante 1 die Frischluftzufuhr nicht grundsätzlich verhindert würde. Der Freiraum unterhalb des Dammes sei so groß, dass es auch hier noch zu einer eigenständigen Kaltluftbildung kommen könne. Die Variante 2 erscheine unter bioklimatischen Bedingungen deutlich schlechter. Das Gutachten schlägt eine Reihe von Maßnahmen zur Abmilderung der entstehenden Beeinträchtigungen vor.

Aus Sicht der Regierung ist es dennoch unstrittig, dass ein entsprechend der Maßgabe A II 2.1 möglichst niedrig gehaltener Straßendamm mit Straßenbrücke in der Paarau die Aufrechterhaltung der Funktion des Paartales als Frischluftschneise eher gewährleisten kann als ein kombinierter Hochwasser-/Straßendamm. Ein durchgehender Damm nach Variante 1 oder 2 würde sich ohne Zweifel auch negativ auf das charakteristische Orts- und Landschaftsbild auswirken. Dies gilt im Prinzip auch für die kleinen Querdämme nach Variante 5; auch wenn diese eine Höhe von 1 m nicht überschreiten, wären sie doch atypisch für das Landschaftsbild und als Fremdkörper in das Paartal nicht integrierbar.


2.3 Belange des Verkehrs


Bewertung:

Bei der geplanten Entlastungsstraße handelt es sich nicht um eine Ortsumgehung, die in erster Linie dem überörtlichen Verkehr dient. Dennoch ist unstrittig, dass das Straßennetz im westlichen bzw. südlichen Stadtgebiet vor allem in den Verkehrsspitzenzeiten deutlich überlastet ist, weshalb das o.g. Ziel zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrs- und Umweltsituation hier anzuwenden ist.


Aus strassenbaulicher Sicht erscheint von den beiden Trassenvorschlägen die Variante 1 als sinnvoller. Bei dieser werden die Bundesstraße 300 und die Kreisstraße ND 3 auf direktem Weg verbunden. Die Variante 2 hat dagegen eine sehr kurvige Streckenführung. Auch hinsichtlich der Schallauswirkungen ist die Variante 1 vorzuziehen; bei Variante 2 müssten für die Wohnbebauung umfangreiche Schallschutzmaßnahmen vorgesehen werden.

Für die Verwirklichung der südwestlichen Entlastungsstraße spricht insbesondere, dass voraussichtlich ein erheblicher Anteil an Schwerlastverkehr aus dem Stadtgebiet herausverlagert werden kann. Die Entlastungswirkung der Straße lässt sich auch dadurch verbessern, dass die Augsburger Straße, wie bei Variante 2 vorgesehen, an die Trasse der Variante 1 angebunden wird (Maßgabe A II.2.4).
Im Auftrag der Stadt Schrobenhausen hat der ADAC Südbayern die Leistungsfähigkeit eines höhengleichen Anschlusses der Entlastungsstraße an die B 300 untersucht. Trotz einer nachweislich ausreichenden Leistungsfähigkeit wird ein Kreisverkehr von der Straßenbauverwaltung aber weiterhin abgelehnt, da er einen Bruch der Streckencharakteristik darstellen würde. Die B 300 übernimmt in der Beziehung Augsburg-Ingolstadt-Regensburg die Funktion der fehlenden Autobahn, weshalb der Durchgangsverkehr Vorrang hat. Der Anschluss der Entlastungsstraße an die B 300 muss deshalb höhennah gestaltet werden (Maßgabe II 2.4).

2.4 Belange der Land- und Forstwirtschaft

Gemäß LEP, B III 1 sollen die räumlichen Voraussetzungen dafür geschaffen und gesichert werden, dass die Land- und Forstwirtschaft als grundlegende Produktionszweige der Gemeinschaft erhalten bleiben. Die für die landwirtschaftliche Nutzung geeigneten Böden sollen gemäß B III 1.2 nur in dem unbedingt notwendigen Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden.


Wenn landwirtschaftliche Flächen nicht mehr für die Landwirtschaft genutzt werden, soll gemäß RP 10, B III 2.1.2 darauf hingewiesen werden, dass sie als ökologische Ausgleichsflächen, für die Aufforstung oder für die extensive Nutzung Verwendung finden.

Bewertung:


Zum derzeitigen Planungsstand ist nicht bekannt, ob bzw. welche Flächen nach Abschluss der wasserbaulichen Maßnahmen durch häufige Überflutungen in ihrer Nutzbarkeit bzw. Wertigkeit gomindert sein könnten. Die Frage, ob ein pflanzensoziologisches Beweissicherungsgutachten vorzulegen ist, kann daher auch erst im nachfolgenden Genehmigungsverfahren geprüft werden.

Im Überschwemmungsgebiet der Par liegen mehrere kleine Waldinseln; dabei handelt es sich durchwegs um Wald mit besonderer Bedeutung als Biotop. Der Waldfunktionsplan verlangt deren Erhaltung und Weiterentwicklung ihrer Funktionsfähigkeit.
Die Varianten 1 und 2 führen zu Überstauungen kleiner Gehölzbestände, was aus Sicht der Forstdirektion als geringfügige Beeinträchtigung im Hinblick auf das öffentliche Interesse hingenommen werden könnte. Bei der Variante 5 würden dagegen wesentlich mehr Waldflächen überstaut und damit in ihrer Stabilität beeinträchtigt. Der sich aufgrund der Plandarstellung ergebende Waldverlust durch die Schüttung der Querdämme könnte allerdings aus Sicht der Regierung in der Detailplanung weitgehend vermieden werden.

Bei einer Abgrabung im Stadtteil Mühlried gemäß Variante 3 würden forstliche Belange nicht betroffen. Soweit bei einer Abgrabung im Paartal gemäß Variante 4 Waldflächen oder schützenswerte Einzelbäume in den dafür vorgesehenen Flächen liegen, sollten diese erhalten bleiben (Maßgabe A. I 2.2). Da die Auswirkungen der durch die wasserbaulichen Maßnahmen verursachten Überstauungen im Paartal beim derzeitigen Planungsstand noch nicht abgeschätzt werden können, ist auch über die Notwendigkeit begleitender wissenschaftlicher Untersuchungen über die Entwicklung des Waldzustandes erst in nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu entscheiden.

2.5 Raumbedeutsame Umweltauswirkungen

2.5.1 Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Erholung


Gemäß LEP, B I 3.3 sollen insbesondere in geschützter und schutzwürdigen Flächen Bereiche, soweit naturschutzfachlich erforderlich, so gepflegt und in ihrem Zustand verbessert werden, dass die für Pflanzen und Tiere lebensraumtypischen Standortverhältnisse und das charakteristische Erscheinungsbild langfristig erhalten bleiben. Naturnahe Gewässer einschließlich ihrer Uferbereiche sollen gemäß 3.5.1 von beeinträchtigenden Nutzungen freigehalten werden. Naturnahe Fließstrecken sollen gemäß 3.5.2 in ihren Biotopfunktionen möglichst erhalten und einschließlich ihrer angrenzenden ökologisch wertvollen Auенbereiche zu möglichst naturnahen Landschaftsräumen weiterentwickelt werden.

Das von den geplanten Vorhaben betroffene Gebiet südwestlich von Schrobenhausen ist im Regionalplan als landschaftliches Vorbehaltsgebiet „Paartallandschaft“ bestimmt. Über das besondere Gewicht hinaus, das hier den Belangen des Naturschutzes und der Land-

Gemäß LEP, B VIII 1.1 sollen die für die Erholung wesentlichen landschaftlichen Gegebenheiten erhalten und weiterentwickelt werden. Gemäß B VIII 2.2 soll eine natürliche Verbindung zwischen Siedlungsgebieten und freier Landschaft angestrebt werden. In den Erholungsgebieten der Region soll gemäß RP 10, B VII 1.1 eine nachhaltigen Beeinträchtigung des Erholungswerts der Landschaft entgegengewirkt werden.

Bewertung:


Das Landschaftsentwicklungskonzept für die Region Ingolstadt hebt die Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz sowie für den Biotopverbund hervor und empfiehlt die Ausweisung eines Naturschutzgebietes im Bereich der Paaraue.


Aus Sicht der Regierung können die naturschutzfachlichen Bedenken nur dann zurückgestellt werden, wenn beiderseits der Alten Paar die Entlastungsstraße auf einer Länge von jeweils 100 m aufgeständert wird. Damit könnte am ehesten die insbesondere für die Tierwelt erforderliche Durchgängigkeit aufrechterhalten bleiben. Auch aus klimatischen
Gründen sowie für das Landschaftsbild wäre damit eine noch befriedigende Lösung erreichbar (Maßgabe A II 2.1). Ein Hochwasserdamm entsprechend Variante 1 oder Variante 2 würde den Belangen des Naturschutzes in keiner Weise gerecht. Auch für die Variante 5 sind wirksame Maßgaben zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden Durchgängigkeit nicht erkennbar.

Gegen eine Abgrabunglösung nach Variante 3 oder 4 bestehen aus naturschutzfachlicher Sicht keine Bedenken. Es erscheint vielmehr möglich, bei einer Abgrabung im Paartal gemäß Variante 4 die betreffende Fläche ökologisch aufzuwerfen, indem sie der natürlichen Sukzession überlassen oder wenigstens einer extensiven Nachfolgenutzung zugeführt wird (Maßgabe A I 2.1). Als Biotop kartierte und sonstige schutzwürdige Landschaftstalle sollen bei der Abgrabung ausgespart werden (Maßgabe 2.2). Bei der Modellierung der Rückhalteflächen ist darüber hinaus darauf zu achten, dass nach deren Überstauung keine „Fischfallen“ entstehen (Maßgabe 2.3).

Da eine Kombination aus Hochwasserdamm und Entlastungsstraße damit aus naturschutzfachlicher Sicht ebenfalls nicht in Frage kommt und das Paartal aus Gründen der Aufrechterhaltung von Wanderbeziehungen überbrückt werden muss, ist es auch möglich, den beidseitig der Aufständerung noch notwendigen Straßenstand so niedrig wie möglich zu halten (Maßgabe A II 2.1). Die Bauausführung ist so zu planen, dass Schadstoffeinträge in die tangierten Fließgewässer Paar und Paar kanal so weit wie möglich vermieden werden (Maßgabe 2.2). Zur Aufrechterhaltung der Naherholungsfunktion der Paaraue sind Querungsmöglichkeiten für Fuß- und Radwegeverbindungen vorzusehen (Maßgabe 2.3).


2.5.2 Belange des technischen Umweltschutzes


Bewertung:

Das Projekt Hochwasserfreilegung mit Retentionsraumausgleich wirkt sich auf die Lärm situation nicht unmittelbar aus. Auch von einer Entlastungsstraße auf der Trasse der Variante 1 würden bebauter Gebiete der Stadt Schreno haben nicht beeinträchtigt. Der Naherholungswert der Paaraue würde im Gegensatz dazu durch Verkehrslärm geschmälert.

2.6 Sonstige Belange

Hinsichtlich der sonstigen berührten Belange wird auf die wesentlichen Ergebnisse der Anhörung im Anhang verwiesen. Die Abstimmung dieser Belange kann aus landesplanerischer Sicht den weiteren Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben. Die Gemeinde Gachenbach, die Deutsche Telekom AG, die Mannesmann Arcor AG, die DB-Netz AG sowie die Isar-Amperwerke AG geben Hinweise zur Detailplanung.

II. Raumordnerische Gesamtabwägung

1. Vorbemerkung:


Grundlage für die landesplanerische Beurteilung bilden darüber hinaus die Stellungnahmen der am Verfahren beteiligten Träger öffentlicher Belange, die Ortsbevölkerung sowie Besprechungen mit den Antragstellern und den mit der Planung befassten Fachstellen.


Sowohl die Maßnahmen zur volumen- und wirkungsgleichen Ersetzung von Retentionsraum als auch die Planung einer Entlastungsstraße im Südwesten von Schrobenhausen stehen aufgrund ihrer Wohlfahrtswirkungen und der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse generell im Einklang mit den Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung gemäß § 2 Abs. 2 ROG und Art. 2 BayLPIG.

2. Positiv berührte Belange

Alle Varianten zur Schaffung von Retentionsraum ausgleich wirken sich grundsätzlich positiv auf die Belange der Wasserwirtschaft aus. Der Schutz vor Hochwasser berührt auch die Belange des Siedlungswesens. Diesem wird durch die Abgrabungsvarianze 4 voll Rechnung getragen, die sich nicht negativ auf das Orts- und Landschaftsbild auswirkt.

Den Belangen der Land- und Forstwirtschaft wird durch die Dammvarianten 1 und 2 am ehesten entsprochen.

Beide Trassenvarianten für eine Entlastungsstraße wirken sich grundsätzlich positiv auf die Belange der Verkehrerschließung aus. Verkehrstechnisch weist die Variante 1 bei Berücksichtigung der Maßgaben Vorteile auf.

3. Negativ berührte Belange


Die Varianten 3, 4 und 5 zum Retentionsraumausgleich wirken sich durch Flächenverluste negativ auf Belange der Landwirtschaft aus. Belange des Siedlungswesens werden durch Störung des Orts- und Landschaftsbildes durch Dammbaumaßnahmen gestört.

Raumverträglichkeit des Vorhabens unter Einschluss der raumordnerischen Umweltverträglichkeitsprüfung


Insgesamt entsprechen die Vorhaben zum Retentionsraumausgleich und zur Verkehrs-entlastung der Stadt Schrobenhausen in der aufgezeigten Form bei Berücksichtigung der Maßgaben den Erfordernissen der Raumordnung. Fragen der Detailplanung bleiben den nachfolgenden Genehmigungsverfahren vorbehalten.
C. Abschließende Hinweise:

1. Diese landesplanerische Beurteilung enthält gleichzeitig auch eine Überprüfung der Verträchtlichkeit des Vorhabens mit den raumbedeutsamen und überörtlichen Belangen des Umweltschutzes.

2. Diese landesplanerische Beurteilung greift den im Einzelfall vorgeschriebenen Verwaltungsverfahren nicht vor und ersetzt weder danach erforderliche öffentlich-rechtliche Gestattungen, noch die Bauleitplanung, noch privatrechtliche Zustimmungen und Vereinbarungen. Die nachfolgenden Verwaltungsentscheidungen unterliegen als raumbedeutsame Maßnahmen der Mitteilungspflicht gemäß Art. 20 Abs. 1 BayLPiG.

3. Diese landesplanerische Beurteilung gilt nur so lange, wie sich ihre Grundlagen nicht wesentlich ändern.

   Die Entscheidung über die Frage der Änderung der Grundlagen trifft die höhere Landesplanungsbehörde.


7. Diese Beurteilung ist kostenfrei.

I.A.

Kausen